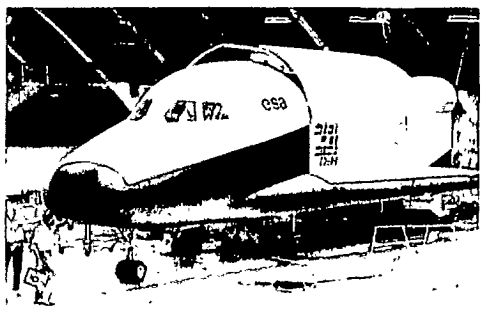
SPD gegen Raumfahrt-Pläne

Ein halbes Jahr lang stritt sich die Bonner SPD-Fraktion über die deutsche Beteiligung an der bemannten Raumfahrt. Vergangene Woche haben sich in der SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft die besseren Argumente durchgesetzt: Die Mehrheit plädierte für einen Verzicht auf die Raumfähre „Hermes", weil deren Technik schon jetzt veraltet und der Forschungsnutzen minimal sei. Auch von „Columbus", dem europäischen Teil der geplanten ständigen US-Raumstation, wollen die Sozialdemokraten nichts mehr wissen, da die Amerikaner auf einer militärischen Nutzung beharren. Nun unterstützen die Genossen – ein wenig verwirrend – nur noch die Entwicklung der Trägerrakete Ariane-5, obwohl ein Gefährt mit so großer Nutzlast eigentlich nur für die bemannte Raumfahrt sinnvoll ist. Am Dienstag dieser Woche soll die Gesamt-Fraktion den Arbeitsgruppenbeschluß zu verbindlicher SPD-Politik machen. Peinlich ist der Zeitpunkt der SPD-Absage an die bemannte Raumfahrt. Vor wenigen Tagen erst hat NRW-Ministerpräsident Johannes Rau, stellvertretender SPD-Vorsitzender, sich



Modell der Raumfähre „Hermes"

dafür feiern lassen, daß er die von der Regierung Kohl beschlossene „Deutsche Agentur für Raumfahrt" (Dara) nach Nordrhein-Westfalen geholt hat. Durch diesen „symbolischen Akt" werde deutlich, hatte Rau getönt, „daß Nordrhein-Westfalen nicht ein Land der alten Produkte ist, sondern ein auf Zukunft gerichtetes Land". Die Dara aber soll genau jene Milliardenprojekte wie „Hermes" und „Columbus" betreuen, die ihre Zukunft bereits hinter sich haben.

Europas Konzerne gehen zusammen

In Europa setzt eine neue Fusionswelle ein. Auslöser sind die Pläne der EG-Kommission, innerhalb der Gemeinschaft eine Fusionskontrolle einzuführen, die über die einzelnen Landesgrenzen hinausreicht. Noch in diesem Jahr will der Ministerrat unter der deutschen Präsidentschaft beschließen, daß künftig Firmenzusammenschlüsse oder Übernahmen von der EG-Kartellbehörde genehmigt werden müssen, wenn die beteiligten Unternehmen auf einen Gesamtumsatz von mehr als zwei Milliarden Mark kommen. Rund 150 Konzerne in Europa müssen dann ihre grenzüberschreitenden Fusionsvorhaben anmelden. Daher ist Eile geboten. So wollen sich jetzt deutsche und französische Autovermieter zusammenschließen: Die VW-Tochter InterRent, mit 13 500 Wagen größter Vermieter Deutschlands, und die französische Europcar, mit 22 000 Wagen die Nummer eins in Frankreich, gründen eine gemeinsame Gesellschaft mit Sitz in Paris. Der führende europäische Papierhersteller, die Feldmühle-Nobel aus Düsseldorf, will sich noch schnell an dem französischen Konkurrenten Papeterie Béghin-Corbehem beteiligen; der französische Mischkonzern Saint-Gobain plant eine 35-Prozent-Beteiligung an der baden-württembergischen Oberland Glas.

Rüffel für den Postminister

Die Kosten für seine teure Verkabelung wird Postminister Christian Schwarz-Schilling nie hereinholen. Zu die-

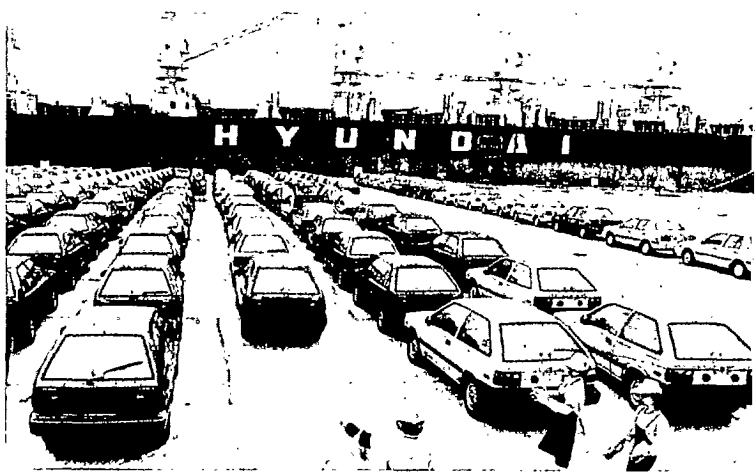


Schwarz-Schilling (l.)

sem Ergebnis kam vergangene Woche der Bundesrechnungshof in einem „Bericht über die Entwicklung der Wirtschaftlichkeit des Breitbandverteildienstes". Von 1983 bis 1987 waren Verluste von 1,6 Milliarden Mark aufgelaufen, die nach Erkenntnis der Frankfurter Finanzprüfer während der 19jährigen Nutzungsdauer nicht aufzufangen sind. Damit bescheinigt der Bundesrechnungshof dem Postminister mangelnde unternehmerische Qualifikation: Schwarz-Schilling hatte in seinem Gutachten zur „Post 2000" angemerkt, langfristige Zuschüsse für ein Projekt deuteten „entweder darauf hin, daß unternehmerische Fehlentscheidungen vorliegen oder daß die Absicht eines Verdrängungswettbewerbs besteht".

Koreanische Autos zu billig?

In Kanada wollen die US-Autokonzerne den koreanischen Eindringling Hyundai wegen seiner mutmaßlichen Dumping-Preise bestrafen lassen. 1984 hatte Hyundai mit dem Export nach Kanada begonnen und sich bereits 1985 mit über 70 000 Wagen zu Billigst-Preisen einen Marktanteil von 9,4 Prozent erobert. Den Kleinwagen Pony etwa gab es schon für 4750 Dollar. General Motors und Ford, die neben Chrysler den kanadischen Markt beherrschen, strengten eine Anti-Dumping-Klage an. Vor drei Wochen befand eine kanadische Behörde, Hyundai verkaufe seine Modelle im Schnitt um 26,3 Prozent unter den Kosten. Ende März will sich die Regierung entscheiden, ob die Koreaner eine Strafsteuer wegen Verletzung der Anti-Dumping-Bestimmungen zahlen müssen. Die US-Konzerne erhoffen sich von einer Dumping-Strafe, daß die Koreaner in den USA von ihrer aggressiven Preisstrategie abgehen werden. Hyundai will 1990 auf dem nordamerikanischen Markt 600 000 bis 700 000 Wagen absetzen.



Verschiffung von Hyundai-Autos nach Nordamerika